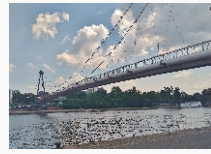


Wir in  
Stockstadt

SPD



Nach der Absage der Bahn:

Plädoyer für eine neue Brücke

S. 5

# Blickpunkt

Informationen für die Bürgerinnen und Bürger Stockstadts

Februar 2020



Liebe Stockstädterinnen  
und Stockstädter,

wenn Sie unseren neuen Blickpunkt in den Händen halten, wird der Wahlkampf seinen Höhepunkt erreicht haben.

Wir haben Sie all die Jahre kontinuierlich informiert, nicht nur kurz vor dem Wahltag. Wir haben Ihnen zugehört, mit Ihnen diskutiert und am Ende Ihre Sicht der Dinge in die politische Meinungsbildung und in den Gemeinderat eingebracht.

Das wollen wir mit Ihrer Unterstützung auch in den nächsten sechs Jahren so halten.

Wir bleiben uns und Ihnen treu und arbeiten weiter für unser Stockstadt.

Dafür stehen mein Team für den Gemeinderat und ich, als Ihr Bürgermeisterkandidat.

Darauf können Sie sich verlassen.

Herzlichst,

Ihr Rafael Herbrik

## Hauptstraße: Schwerlastverkehr nimmt zu Die Angst fährt mit

Still ruht der See. Vom Landratsamt ist nicht zu vernehmen, wie es mit dem Verkehr auf der Hauptstraße weitergeht. Man verweist dort auf die noch nicht veröffentlichten Ergebnisse der Verkehrszählung vom Herbst und auf ein beauftragtes Lärmschutzgutachten. Bis Ende Juni gelte noch die bestehende Regelung.

Von Stille vor Ort kann aber nicht die Rede sein, denn zunehmend sorgen 40-Tonner für Lärm und Gefahr. Alle bisherigen Bemühungen, nach Freigabe der Tonnagebeschränkung im vergangenen Mai, dies zu ändern, haben bisher keinen Erfolg gebracht. Im Gegenteil: der Schwerlastverkehr nimmt zu.

mit Rafael Herbrik allein auf die rechtliche Lage. Angesichts der Überreichung der Unterschriftenlisten hatte Herbrik auf die für die anderen Verkehrsteilnehmer, insbesondere Radfahrer, hervorgerufenen Gefahren hingewiesen und den Sinn der Anordnung insgesamt in Frage gestellt.



Sowohl der Durchgangsverkehr als auch LKW mit dem Ziel Gewerbegebiete suchen zunehmend den Weg über die Hauptstraße, statt die Ortsumgehung über die mautpflichtige B469 zu nehmen. Dagegen wehren sich immer mehr Bürger.

Und damit fühlen sich vor allem die Radfahrer nicht mehr sicher und haben Angst, wenn 40-Tonner ihnen im Nacken sitzen oder zum Überholen ansetzen. Für viele ist die Konsequenz, mit den Rädern auf den Fußweg auszuweichen. Und damit wiederum gefährden sie die Fußgänger. Anwohner berichten bereits von kritischen Situationen und Beinaheunfällen. Und sollte die noch bestehende 30 km/h-Begrenzung ebenfalls aufgehoben werden, verschärft sich die Lage weiter.

Über 1.800 Unterschriften konnte der SPD-Ortsverein letztes Jahr sammeln, Landrat Ulrich Reuter aber zeigte sich davon nur bedingt beeindruckt und verwies im Gespräch

Mehrere Leserbriefe im Main-Echo bekräftigten die Haltung der besorgten Bürger. In einer Sitzung des Marktgemeinderats hatte der in Vertretung amtierende 2. Bürgermeister Dieter Trageser alle Parteien dazu aufgerufen, ihre Land- und Bundestagsabgeordneten einzuladen und sich für die Stockstädter Belange einzusetzen. Lediglich die SPD nahm den Vorschlag auf und lud ihre Landtagsabgeordnete Martina Fehlner und ihren Bundestagskollegen Bernd Rützel nach Stockstadt ein. Als Teilnehmer einer SPD-Vor-Ort-Veranstaltung konnten sie den Unmut der Bürger über die einsame Entscheidung des Landratsamts miterleben. Ein anschließender Brief Fehlners an Landrat

Fortsetzung S.2

Reuter wurde jedoch mit dem Verweis auf die bisherigen Begründungen entsprechend ablehnend beantwortet. Zuvor hatte auch die SPD-Fraktion im Kreistag vergeblich versucht, die Gewichtsbeschränkung wieder aufheben zu lassen.



„Vor Ort“ informierten sich Bundestagsabgeordneter Bernd Rützel und Landtagsabgeordnete Martina Fehlner. Rafael Herbrük konnte nahezu einhundert besorgte Bürger begrüßen.

Als Verkehrsminister Andreas Scheuer öffentlich eine Kampagne für mehr Sicherheit für Radfahrer startete, nahm ihn Rafael Herbrük beim Wort. In einem Brief an den Minister (s. nebenstehenden Auszug) machte er auf die widersprüchlichen Haltungen in Sachen Verkehrssicherheit aufmerksam und bat darum, seinen Einfluss bei seinem Parteifreund Reuter geltend zu machen. Leider blieb eine Antwort bis heute aus.



Ein erstes Banner gegen die Aufhebung der Tonnagebeschränkung hissten Anwohner bereits kurz nach der Entscheidung des Landratsamts im vergangenen Jahr.

Inzwischen regt sich auch bei den betroffenen Bürgern zunehmend der Ärger. In der örtlichen Facebook-Gruppe nimmt das Thema inzwischen breiten Raum ein. Der Stockstädter Klaus Schönstedt hat die Initiative ergriffen und plant, mit einer Demonstration das Thema wieder verstärkt in die Öffentlichkeit zu tragen. Das Echo darauf ist groß. Die SPD begrüßt das Engagement der besorgten Bürger und unterstützt die Aktivitäten. Mit dem Termin am Vortag der Kommunalwahlen sollte die Demo nicht nur bei den drei Bürgermeisterkandidaten auf Interesse stoßen.



Von der Außenfassade der Gaststätte „Zum Schwanen“ fiel erst kürzlich ein Teil vom Putz der Außenwand auf den Gehsteig. Die SPD hat inzwischen beantragt, dass ein Gutachter untersucht, ob dies den Erschütterungen durch den Schwerlastverkehr geschuldet war.

Stockstadt a. Main, 16.9.2019

**Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur**  
**Herrn Bundesminister Andreas Scheuer**  
Invalidenstraße 44  
10115 Berlin

Sehr geehrter Herr Bundesminister Scheuer,

bei Vorstellung der Novelle zur StVO Anfang Juni haben Sie betont, dass Radfahren in Deutschland sicherer werden muss, und Sie haben zugleich Maßnahmen vorgestellt, mit denen dieses Ziel erreicht werden soll.

Leider stehen mitunter politische Entscheidungen vor Ort dazu in krassem Gegensatz. So in unserem Fall in der Gemeinde Stockstadt a. Main im Landkreis Aschaffenburg.

Mehr als 35 Jahre lang war die durch den Ortskern gehende Kreisstraße (AB16) u.a. wegen des schlechten Zustands der Fahrbahn für den Schwerlastverkehr (LKW über 16 Tonnen) gesperrt. Vor fünf Jahren wurde dann aus Lärmschutzgründen die Höchstgeschwindigkeit...

wir möchten Sie bitten, Ihren politischen Einfluss beim zuständigen Landratsamt Aschaffenburg dahingehend geltend zu machen, die Aufhebung der LKW-Tonnagebeschränkung wieder rückgängig zu machen. Die Gemeinde und die Bürger Stockstadts stoßen leider trotz aller Bemühungen an ihre Grenzen.

Wir schätzen Ihr Engagement für den Radverkehr sehr. Auch uns liegt vor allem die Sicherheit der Radfahrer am Herzen. Leider beweist unsere Situation, dass Ihre Forderung nach mehr Verkehrssicherheit nicht überall dazu führt, dass tatsächlich Maßnahmen dazu ergriffen werden. Noch schlimmer: Die Sicherheit der Radfahrer wird in diesem Fall sogar - gegen jeden Verstand - den Interessen der LKW-Betreiber untergeordnet.

Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie sich für unser Anliegen einsetzen würden und haben die Hoffnung, dass dadurch auch Ihrem persönlichen Anliegen nach mehr Sicherheit Rechnung getragen wird.

Dafür vorab herzlichen Dank.

Mit freundlichen Grüßen

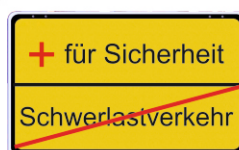
Rafael Herbrük

Gemeinderat der Marktgemeinde Stockstadt und  
Vorsitzender des SPD-Ortsvereins

**Aufruf zur Demo am 14. März 15.00 Uhr**  
**Platz an der Linde.**

**Redner: Klaus Schönstedt**

**Mit den Bürgermeisterkandidaten aller drei Parteien**



**+ Kein Schwerlastverkehr Innerorts auf der AB16**  
**+ Beibehaltung von Tempo 30 auf der Hauptstraße**

# Großprojekte binden Finanzmittel Müssen die Gemeinderäte demnächst Däumchen drehen?

Stockstadt muss in den kommenden Jahren investieren. Einige notwendige Großprojekte verschlingen an die 20 Millionen Euro. Doch es sind Investitionen, die Stockstadt zukunftssicher machen und dem anhaltenden Wachstum der Gemeinde gerecht werden.

An vorderster Stelle stehen dabei zwei Projekte für die jüngsten Bürger unserer Gemeinde: Ein neuer Kindergarten und eine neue Grundschule. Zu beiden hat der Gemeinderat bereits im vergangenen Jahr grünes Licht gegeben. Der neue Kindergarten soll dort entstehen, wo derzeit noch der Kindergarten Johannisheim beheimatet ist. Für den Standort der neuen Grundschule wird ein Gutachter Vorschläge unterbreiten. Hier haben die politischen Parteien unterschiedliche Vorstellungen (s. Seite 4 und 5.6).



Das über 50 Jahre alte Waldschwimmbad muss dringend saniert werden. Es ist eines der Anziehungspunkte in der Region.

Die Sanierung des Schwimmbads hätte nach den Vorstellungen der SPD-Fraktion schon vor einem Jahr beginnen sollen, doch erst im Sommer des vergangenen Jahres konnte der Gemeinderat über die erforderliche europaweite Ausschreibung der Planung entscheiden. Durch diese Verzögerung werden die Bauarbeiten wohl erst in zwei bis drei Jahren beginnen können.

Besser und schöner soll auch der rechte Randstreifen der Obernburger Straße werden. Da bei dieser Oberflächengestaltung auch der Abwasserkanal vergrößert werden kann, kalkuliert der Kämmerer dafür mit Kosten von über einer Million Euro. Diese Maßnahme wurde ebenso bereits 2019 beschlossen, auf Wunsch der Verwaltung wegen der hohen Arbeitsbelastung aber um ein Jahr verschoben (s. die Glosse Seite 6)

Daneben laufen weitere Sanierungsmaßnahmen im Bereich der Kanalisation. Trotz dieser finanziellen Belastungen wird es weiteren Handlungsbedarf für den künftigen



Während „Auf dem Grund“ erste Reihenhäuser bereits bezogen wurden, lässt das ebenso dort geplante Mehrfamilienhaus auf sich warten.



Um den öffentlichen Nahverkehr zu stärken bedarf es Verbesserungen u.a. auch im Angebot der Linie 3. Z.B. schneller nach AB durch Direktfahrten über die B26 statt durch Leider.

gen Bürgermeister, die neugewählten Gemeinderäte und die Verwaltung geben. Nur weitere Großprojekte sind voraussichtlich in den nächsten Jahren finanziell nicht zu stemmen. Dennoch wird sich die Markt-gemeinde mit mittel- und langfristigen Fragen der weiteren Ortsentwicklung befassen.

Dazu zählen die Schaffung bezahlbaren Wohnraums, die Aufwertung des Ortskerns und die verschiedenen Aspekte, die die Anforderungen an eine umweltfreundliche und effizientere Mobilität mit sich bringen. Diese reichen von einer Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs bis zu attraktiveren Bedingungen für den Radverkehr. Neu hinzugekommen ist die unbefriedigende Situation nach der Sanierung der Eisenbahnbrücke über den Main. Da mindestens für die nächsten 20 Jahre neben den Bahngleisen nur ein 1,50 Meter breiter Fußweg bestehen wird, bietet langfristig einzig ein neuer Steg für Fußgänger und Radfahrer eine sinnvolle Verbindung zwischen Stockstadt und Mainaschaff. (s. dazu auch Seite 5)



Fazit einer Radtour durch Stockstadt: Es bedarf noch starker Verbesserungen bezüglich der Verkehrssicherheit und neuer Radwege.

Es gibt genug zu tun. Insofern: Vom Däumchendrehen der Gemeinderäte kann auch in den nächsten Jahren nicht die Rede sein.

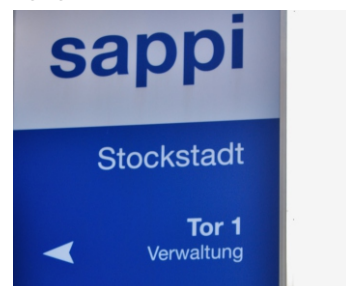
Zu einigen der angesprochenen Themen finden Sie in diesem Blickpunkt weitergehende Informationen, viele andere Vorhaben und Projekte, für die sich die Stockstädter SPD einsetzt, können Sie in unserem siebenseitigen Programm „Aus Herausforderungen Chancen machen“ lesen.

Es steht als Download auf unserer Webseite zur Verfügung. Gerne senden wir es Ihnen auch zu: [info@spd-stockstadt-main.de](mailto:info@spd-stockstadt-main.de). ■

## SPD bekundet Solidarität mit Sappi- Beschäftigten

Die Meldung über die Agenturen kam für manche überraschend. Sappi will im Werk Stockstadt 150 Arbeitsplätze abbauen. Als Grund nennt die Konzernleitung den strukturellen Rückgang der Nachfrage nach mehrfach gestrichenen Papieren. Im Raum steht, die gesamte Produktion der Papiermaschine 2 im Werk auf andere Maschinen in Europa zu verlagern.

Für Stockstadt ein schwerer Schlag. Die SPD bekundete unmittelbar nach Bekanntwerden ihre Solidarität mit der Belegschaft. Man lehne die Pläne des Unternehmens ab und hoffe, dass dies noch nicht das letzte Wort sei. Komme es aber zum Abbau der Arbeitsplätze, werde man darauf drängen, dass sozialverträgliche Wege gefunden werden.



Betriebsrat und Gewerkschaft sind hier in erster Linie gefordert. Der Ortsvereinsvorsitzende der Stockstädter SPD und Bürgermeisterkandidat, Rafael Herbrik, hatte nach Bekanntwerden der Nachricht in einer Mail an den zuständigen Sekretär der IG Bergbau Chemie Energie, die Unterstützung der SPD im Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze angeboten.

Wir in  
Stockstadt

**SPD**

Impressum  
V.i.S.d.P.: SPD Stockstadt am Main  
Rafael Herbrik, Heinrich-Heine-Str.3  
63811 Stockstadt  
[info@spd-stockstadt-main.de](mailto:info@spd-stockstadt-main.de)  
Redaktion:  
Lutz Laemmerhold  
[lutz.laemmerhold@spd-stockstadt-main.de](mailto:lutz.laemmerhold@spd-stockstadt-main.de)  
Fotos: SPD Stockstadt, Markt Stockstadt,  
123rf,

## Mehr Natur geht nicht: Ein Waldkindergarten für Stockstadt

Um dem Bedarf an Kindergartenplätzen gerecht zu werden, werden 20 Kinder künftig das ganze Jahr über ihren Kindergartenalltag fast durchgehend im Wald verbringen. Bereits in diesen Tagen ziehen die ersten Kinder in ihr neues Domizil ein.

Der dafür vorgesehene Platz liegt in einem Waldstück am Ende der Großostheimer Straße, nur wenige hundert Meter von der Krippe Waldwichtel entfernt. Mit Unterstützung der Hübner wurde die Fläche inzwischen hergerichtet. Am 10. März soll die Eröffnungsfeier steigen.

Träger ist die evangelische Kirche, die bereits die Krippe im Dreispitz betreibt. Ihre Leiterin



Elke Conti: "Wir freuen uns darüber, dass das pädagogische Konzept von vielen Eltern positiv aufgenommen wurde. Die Kinder werden einen Bezug zur Natur entwickeln und gleichzeitig eine umfassende Förderung erfahren."

Die Gemeinde unterstützt das Projekt durch die Übernahme der Kosten für einen speziell dafür geeigneten „Bauwagen“. In der Kern-



Das Herzstück des Waldkindergartens: Der speziell ausgerüstete Bauwagen.



Der Waldkindergarten liegt nur wenige hundert Meter von der Krippe entfernt. In den Randzeiten findet dort die Betreuung statt.

zeit von 08.30 bis 14.30 Uhr erhalten die Kinder dort auch Frühstück und Mittagessen. Es besteht zudem die Möglichkeit einer Randzeitenbetreuung in den Räumen der Kinderkrippe zwischen 7 und 17 Uhr mit einer Brotzeit am Nachmittag.

Die Aktivitäten im Freien finden bei jedem Wetter statt. Lediglich bei Witterungsbedingungen, die einen sicheren Aufenthalt im Freien unmöglich machen, werden die Kinder in den Sozialräumen der Friedenskirche betreut.

Die Idee der Waldkindergärten stammt ursprünglich aus Skandinavien. In Deutschland gibt es inzwischen über 1.500, in der Stadt und im Landkreis Aschaffenburg derzeit elf.

## Senioren stärker ins Gemeindeleben integrieren

SPD-Fraktion:  
Zentrale Anlaufstelle in der  
Verwaltung beantragt

Die Stockstädter SPD will die lokalen Voraussetzungen schaffen, die den älteren Mitbürgern eine verlässliche Teilhabe am Leben in Stockstadt ermöglichen. Als ersten Schritt auf diesem Weg hat die SPD-Fraktion beantragt, die Möglichkeiten zu prüfen, die seniorenspezifischen Informationen, Beratungs- und Vermittlungsleistungen, ebenso wie z.B. die Einrichtung eines regelmäßigen Seniorentreffs, zu bündeln und als zusätzliches Themenfeld einem Mitarbeiter in der Verwaltung zuzuordnen.

Damit soll eine zentrale Anlaufstelle geschaffen werden, die analog zum Behinderntenbeauftragten Hilfestellung bei den vielfältigen Fragen und Anliegen von älteren Mitbürgern bietet. Diese Aufgabe soll aber nicht die Rolle eines unabhängigen Seniorenbeauftragten oder eines Seniorenbeirats ersetzen, wie er in 285 kreisangehörigen Gemeinden Bayerns derzeit besteht.



Mit der Anzahl älterer Mitbürger steigt auch deren Bedeutung bei der Mitwirkung im gesellschaftlichen Leben unserer Gemeinde.

## Ein neuer Standort für die Grundschule Für unsere Kinder die Weichen richtig stellen

Der Neubau der Grundschule ist beschlossene Sache. Wo sie aber gebaut werden wird ist noch offen. Zur Standortfrage wird derzeit ein Gutachten erstellt, das mit den Stimmen aller drei Fraktionen im Gemeinderat beschlossen wurde. Während die CSU ohne das Ergebnis abzuwarten, sich bereits vorab auf den bisherigen Standort festgelegt hat, ist die SPD offen für die Vorschläge des Gutachters, plädiert aber für einen Standort in der Nähe von Frankenhalle und Mittelschule.

Insbesondere die zentrale Lage mit einem Plus an Verkehrssicherheit, Synergien mit Mittelschule, Frankenhalle, Kindergarten und -krippe, sowie Platz für eine weitere Expansion und ein Lehrschwimmbaden sprechen dafür. Gut vorstellbar ist der Bereich auf dem Gelände des alten Hallen-

bades. Beim Bau jedoch am alten Standort wäre eine mehrjährige Containerlösung für etwa 400 Schüler, Lehrkräfte und Mitarbeiter notwendig. Wo diese Containerschule aufgebaut werden soll, ist völlig unklar.



Für mehrere Jahre ein teures Provisorium. Auch damit hat die CSU ein Standortproblem. Wohin mit einer Containerschule für 400 Schüler und Lehrer? Für die SPD die schlechteste aller Lösungen.

Zentral bietet sich nur der Parkplatz vor der Frankenhalle an, mit der Konsequenz, dass dieser für lange Zeit bei Veranstaltungen nicht mehr zur Verfügung stünde. Außerdem müssten aus Platzgründen auch die historischen Gebäude an der Schulstraße weichen, die vielen Stockstädtern am Herzen liegen.

Gegen den bisherigen Standort spricht auch die bereits heute angespannte und mitunter unübersichtliche Verkehrssituation an der stark befahrenen Schulstraße rund um den Eingang zum Grundschulgebäude. Das Thema Verkehrssicherheit sollte ohnehin in der Diskussion einen höheren Stellenwert bekommen.

Der Bau an einem neuen Standort eröffnet der Marktgemeinde zudem Chancen für eine zukunftsorientierte Ortsentwicklung auch am bisherigen Standort. So sieht die SPD hier eine Fläche für ein neuzugestaltetes Viertel mit attraktiven Nutzungen, z.B. generationsübergreifenden Wohnformen, einer grünen Zone und naturnahem Freizeitbereich. In die Planung sollten die Bürger maßgeblich einbezogen werden.

# Eisenbahnbrücke über den Main Neue Brücke statt Stegverbreiterung: Gemeinden müssen umdenken

Nichts wird es mit einem in Teilen verbreiterten Steg parallel zu den Gleisen auf der Mainbrücke. Die Deutsche Bahn hat mitgeteilt, dass für die nächsten 20 Jahre alles so bliebe wie bisher. Der Fußgängerweg bleibt auf den beiden Vorbrücken bei einer Breite von 1,50 Meter. Lediglich das Gelände wird erhöht. Allerdings benötigt die Bahn für die Wiederherstellung des alten Zustands noch Zeit bis Dezember, mehr als anderthalb Jahre nach Beginn der Brückensanierung, womit die Bahn wohl gründlich die Sympathien der Bürger Stockstadts und von Mainaschaff verloren haben dürfte.

Damit hat auch das Verwirrspiel ein Ende, ob und wie der Steg hätte so verbreitert werden können, dass er für Radfahrer attraktiv gewesen wäre. Der Steg wird somit auch in Zukunft nur ein Fußweg sein.

Will man die Forderungen nach einer Verkehrswende ernst nehmen und im Landkreis den Radverkehr stärken und das Radwegenetz attraktiv machen, kann nur ein neuer, separater Steg über den Main die Lösung sein, so wie er u.a. zwischen Mainhausen und Karlstein besteht. Dies haben schon vor längerem der Allgemeine Deutsche Fahrradclub (ADFC) und die Stockstädter SPD ins Gespräch gebracht. Diese u.a. in ihrem Haushaltsantrag von 2018.

Mit dem Plan des noch amtierenden Landrats Ulrich Reuter, dafür eine Machbarkeitsstudie erstellen zu lassen, wäre ein erster Schritt getan. Man kann nur hoffen, dass dies nicht bei einer Absichtserklärung bleibt und auch der künftige Landrat sich hinter dieses Vorhaben stellt. Angesichts der Dauer entsprechender Genehmigungsverfahren und der Klärung



*Auch wenn inzwischen der kurze Weg zum Maindamm wieder frei ist: Über den Main geht es seit Mai letzten Jahres nur über kilometerlange Umwege oder mit dem Zug. Nach Ankündigung der Bahn soll es auch noch bis Ende des Jahres dauern, bis der alte Zustand wiederhergestellt sein werde. Sehr zum Missfallen auch vieler Berufstätiger.*

der Finanzierung ist es sinnvoll, heute schon dafür die politischen Grundlagen zu legen. Vor dem Hintergrund der Bedeutung eines neuen Stegs für den gesamten Kreis, und nicht nur für Stockstadt und Mainaschaff, wäre die Finanzierung des Projekts primär vom Landkreis und mit Zuschüssen des Freistaats sicherzustellen. Die erste Hürde, die Zustimmung zur Machbarkeitsstudie,

liegt nunmehr beim Bauausschuss des Kreistags. Man darf gespannt sein, wie nach den Wahlen mit diesem Thema umgegangen wird.

Es sollte jedenfalls nicht auf die lange Bank geschoben werden, denn eine in wenigen Jahren realisierbare Brücke wäre ein bedeutender Schritt, das geplante Radwegenetz um eine wichtige Etappe zu erweitern. ■



*Einzig sinnvolle Lösung für die Zukunft: Eine separate Brücke für Fußgänger und Radfahrer mit einer Breite von vier Metern, wie hier der Holbeinsteg über den Main in Frankfurt. Erster Schritt: Eine Machbarkeitsstudie.*

## Gelebt, oder nur auf dem Papier? In aller Munde: Bürgernähe

Gerade in Wahlzeiten wird es gerne strapaziert. Das Wort „Bürgernähe“ ist aus den Broschüren und Reden zu Kommunalwahlen nicht mehr wegzudenken. Zu Recht. Beschreibt es doch, was Kern einer politischen Partei insbesondere in den Gemeinden sein sollte. Wird der Begriff aber auch mit Leben gefüllt oder steht er, wie so oft nur auf dem Papier und in den Manuskripten?

Die Stockstädter SPD hat schon immer den persönlichen Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern gepflegt. Viele Planungen oder Entscheidungen basieren auf Anträgen der SPD-Fraktion, denen ein intensiver Dialog mit den Bürgern vorausging, insbesondere bei den zahlreichen Veranstaltungen oder Terminen „vor Ort“.

Allein in den letzten Jahren waren die Sanierung der Hauptstraße und deren Auswirkungen auf die Bürger der Marktgemeinde mehrfach Anlass, für die SPD, das Gespräch mit ihnen zu suchen. Zweimal führten die Veranstaltungen zu Unterschriftensammlungen von jeweils über 1.800 Unterzeichnern, die die Beibehaltung der Tonnagebeschränkung für LKW und der 30km/h Begrenzung forderten.

Aber auch zu den anstehenden Großprojekten, der Sanierung des Schwimmbads und



*Auf großes Interesse stoßen immer wieder die „Vor-Ort“-Veranstaltungen der SPD, wie hier an der Bahnschranke. Traditionell: Das 1.Mai-Fest.*



des Neubaus der Grundschule, hatte die SPD die Stockstädter eingeladen, ihre Vorstellungen und Meinungen zu äußern. Rege Diskussionen gab es u.a. auch bei den Veranstaltungen „vor Ort“ an der Schwarzen Brücke, zur Bebauung „Auf dem Grund“, zur Parkplatzsituation im Altdorf oder zu den Anliegen der Bürger im Neubaugebiet Dreispitz. Zur Gründung der Initiative gegen Bahnlärm hatte die SPD eine Liste mit knapp 500 Unterschriften besorgter Bürger überreichen können, die mehr Lärmschutzmaßnahmen von der Bahn verlangten.

Vielfach nahm die SPD-Landtagsabgeordnete Martina Fehlner an den Veranstaltungen teil.

In allen Fällen wurden die Erkenntnisse und Wünsche der Bürger in die Meinungsbildung und in die Entscheidungen der SPD-Fraktion im Gemeinderat einbezogen. Dieser Dialog mit den Stockstädtern wird auch weiterhin für die SPD eine Basis dafür sein, bürgernahe Kommunalpolitik real zu gestalten.

Aber auch wenn es darum geht, ohne aktuelle Themenbezüge ins Gespräch zu kommen, bieten sich immer wieder Anlässe, wie das Fest zum 1. Mai und der Neujahrsempfang auf dem Platz an der Linde. ■

# Selbstdarstellungen und Eigenlob

Wolfgang Ackermann\*

Es ist eigentlich wie immer bei Wahlen. Plakate an den Straßenlaternen und Broschüren und Flugblätter in den Briefkästen. Keine Partei ist davon ausgenommen. In den sogenannten sozialen Medien wimmelt es von Fotos und mehr oder weniger inhaltsreichen Kommentaren. Wähler und Wählerinnen sollen sich daraufhin eine Meinung bilden und ihre Wahlentscheidung daran knüpfen. Doch reicht das?

Die SPD hatte sich bereits im letzten Jahr etwas Ungewöhnliches ausgedacht: Ein Programm für Stockstadt. Auf sieben Seiten beschreibt sie darin ausführlich ihre Vorstellungen und Ziele, auf die es in den kommenden Jahren ankommt.

Es muss etwas Anachronistisches an sich haben, denn sowohl CSU als auch Freie Wähler haben darauf verzichtet.

Statt dessen setzen sie auf Faltblätter oder Handzettel, in denen sie sich selbst loben oder die jeweils anderen der Unfähigkeit bezichtigen.

Mal sind es zwei Kandidaten der CSU, die entgegen einer breiten Mehrheit im Gemeinderat wissen, dass die Ortseinfahrt Süd viel eher und billiger hätte saniert werden können. Mal sind es die Freien Wähler, die



den Eindruck erwecken, dass lediglich ihre Anträge im Gemeinderat heilbringend waren und die Umsetzung der Wahlversprechen der anderen zumindest angezweifelt werden.

Mal ehrlich, ist es nicht vielmehr so, dass eine Vier-Personenfraktion im Gemeinderat, ebenso wie die achtköpfigen Fraktionen von CSU und SPD, allein gar nichts bewegen können?

Der Wähler hat 2014 keiner Partei die alleinige Mehrheit gegeben. So sind die überwiegende Anzahl der Entscheidungen im Gemeinderat parteiübergreifend und zu meist einstimmig zustande gekommen. Oft nach intensivem Ringen und der Suche nach der besten Lösung.

Greifen wir dem Wahlergebnis nicht vor, aber die Wahr-

scheinlichkeit, dass auch der neue Rat ohne absolute Mehrheiten einer Partei auskommen muss, ist hoch.

Es wird dann einen Bürgermeister brauchen, der moderiert, integriert und parteiübergreifende Lösungen findet. Selbstdarstellungen und falsches Eigenlob sind sicher nicht die besten Voraussetzungen für diese Aufgabe.

## GRILL DEN HERBRIK!



Auf großes Interesse stieß die Veranstaltungsreihe des SPD-Bürgermeisterkandidaten Rafael Herbrik. Über 600 Stockstädterinnen und Stockstädter kamen zu den bisher sechs Terminen an unterschiedlichen Orten in der Gemeinde. Sie nutzten die Möglichkeit bei Worscht, Bier und Softgetränken, den Kandidaten persönlich kennen zu lernen und im Gespräch seine Vorstellungen zu den wichtigsten Themen zu erfahren, die Stockstadt heute und in Zukunft bewegen.

Wer noch keine Gelegenheit dazu hatte, eine letzte Veranstaltung gibt es noch am 7. März um 14.00 Uhr im Neubaugebiet Dreispitz. Zu diesem Termin wird auch der von der SPD und den Grünen unterstützte Landratskandidat Özcan Pancarci nach Stockstadt kommen.

\* Wolfgang Ackermann ist Sprecher der SPD-Fraktion im Gemeinderat

## Das Letzte: Beschlusslagen

Da hat sich die CSU ja was ausgedacht. Jede Woche stellen die Gemeinderatskandidaten im Wechsel stichwortartig ein Thema vor, das entsprechend kommentiert wird. Mangels kritischer Ideen werden dabei manche Vorhaben hervorgeholt, die im Gemeinderat bereits beschlossen sind. Kann man machen. Da sollten dann aber zumindest die Fakten stimmen.

Beim Thema „Ortseinfahrt Süd“ zum Beispiel, wurde der Beschluss zur Oberflächen-sanierung nicht „durch die Mehrheit der anderen Fraktionen abgelehnt“, sondern auf Wunsch der Verwaltung, angesichts der umfangreichen Bauprojekte, zeitlich aufgeschoben. Mit Zustimmung aller Beteiligten hat der Kämmerer die dafür vorgesehenen Mittel in Höhe von 1,3 Millionen Euro in die Finanzplanung für 2020 übernommen. Ein „Drängen der CSU“ hat es dafür nicht gebraucht. Für das Wahlkampfpapier musste die Formulierung aber erhalten. Die Maßnahmen werden in diesem Jahr umgesetzt, eine wohl durchdachte Entscheidung von Verwaltung und Gemeinderat – aber bitte kein Verdienst der CSU.

Natürlich ist eine Neugestaltung auch ein Gewinn für die Anwohner. Woran sich deren „nicht mehr tragbare“ Situation festmachen soll, ist eine Frage des Ermessens. Noch vor drei Jahren wären die Anwohner im Rahmen der damaligen Straßenausbausatzung für die Baumaßnahmen nicht unerheblich zur Kasse gebeten worden. Da sollte sich eine Verzögerung von einem Jahr sehr gut verschmerzen lassen.

## Achtung Glosse

Beim Faltblatt zur Grundschule liegt der Sachverhalt anders. Zwar ist der Neubau beschlossen, über den künftigen Standort ist noch nicht entschieden. Hier aber verschweigt die CSU die Tatsache, dass sie im Gemeinderat dem Beschluss, ein Gutachten für den besten Standort einzuholen, geschlossen zugestimmt hat. Die Vorfestlegung auf den bisherigen Bereich begründet sie mit wenig zukunftsorientierten Aspekten.

Vielmehr sagt sie, was gegen alle anderen Standorte spricht. Also gegen alle anderen

Flächen, von denen noch nicht eine einzige untersucht wurde. Da interessieren nicht sachlich begründete Vorzüge, wie Synergieeffekte oder eine bessere Verkehrsanbindung. Nein, die CSU beschränkt sich auf eine Liste von Negativaussagen, die Ängste schüren sollen.

Einer „Verwaisung des bisherigen Standorts“ wolle man vorbeugen. Die „Umwidmung für Wohnungsbau“ wird als Menetekel an die Wand gemalt. Beides spricht sicher nicht für eine perspektivische Ortsentwicklung, sondern ist eher eine Bankrotterklärung in Sachen Zukunft und planerischen Vorstellungsvermögens.

Zum Schluss aber hat man dann doch auch die Zukunft derjenigen im Auge, die in der Grundschule einige Jahre ihres Lebens verbringen sollen: die Schüler. Hätte man ja fast vergessen können. So aber gibt es eine positive Nachricht. Stockstadts Schüler werden begeistert sein: Für den alten Standort spricht die „Unterbringung in modernen und hochklassigen Containern“.

Wenn das so ist, warum überhaupt einen Neubau? Nur so dumm, dass man auch für eine Containerschule einen Standort braucht. Wie wäre es mit einem Gutachten?

Klaus-Dieter Hollstein